

RS Vwgh 1988/11/29 88/05/0154

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 29.11.1988

Index

L37153 Anliegerbeitrag Aufschließungsbeitrag Interessentenbeitrag

Niederösterreich

L81703 Baulärm Umgebungslärm Niederösterreich

L82000 Bauordnung

L82003 Bauordnung Niederösterreich

001 Verwaltungsrecht allgemein

40/01 Verwaltungsverfahren

Norm

AVG §73 Abs2;

BauO NÖ 1976 §112 Abs3;

BauO NÖ 1976 §112 Abs4;

BauO NÖ 1976 §113 Abs2 Z3;

BauO NÖ 1976 §116 Abs1;

BauRallg;

VwRallg;

Rechtssatz

Zur Erlassung eines baubehördlichen Auftrages gem § 112 Abs 3 und Abs 4 NÖ BauO ist der Bürgermeister in erster Instanz zuständig, auch wenn bereits ein in derselben Rechtssache auf Grund eines Devolutionsantrages eines Nachbarn vom Gemeinderat erlassene Abbruchauftrag von der Aufsichtsbehörde behoben und die Angelegenheit zur neuerlichen Entscheidung an den Gemeinderat als Baubehörde zweiter Instanz verwiesen worden ist, weil der die ursprüngliche Zuständigkeit des Gemeinderates begründende Devolutionsantrag nur insoweit eine Änderung der Zuständigkeit bewirkt hat, als nunmehr anstelle des Bürgermeisters der Gemeinderat über den Abbruchauftrag zu entscheiden hatte und damit keine erstinstanzliche Zuständigkeit des Gemeinderates zur Erlassung auch eines Antrages gem § 112 Abs 3 und Abs 4 NÖ BauO begründet worden ist (Hinweis E 4.6.1985, 84/05/0257, VwSlg 11783 A/1985).

Schlagworte

Aufsichtsbeschwerde Besondere Rechtsgebiete Baurecht Behörden Zuständigkeit Allgemein BauRallg2/1 Baupolizei

Baupolizeiliche Aufträge Baustrafrecht Kosten Allgemein BauRallg9/1 Besondere Rechtsgebiete

Gemeinderecht Organisationsrecht Instanzenzug VwRallg5/3

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1988:1988050154.X01

Im RIS seit

11.07.2001

Zuletzt aktualisiert am

05.08.2009

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at